

**Gemeinderat - Ö - vom 08.12.2009**  
**1) TOP Bürger fragen**

---

Keine.

## **2) TOP 60-148/09 Vorhabenbezogener Bebauungsplan ehemalige Kammgarnspinnerei / Donaueschingen - Zustimmungsbeschluss**

---

Herr Stadtrat Wolfgang Karrer ist befangen. Er nimmt deshalb weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil und hält sich im Zuhörerbereich auf.

Oberbürgermeister Frei erläutert ergänzend zur Sitzungsvorlage den Tagesordnungspunkt.

Herr Bunse: Im Erläuterungsbericht zum Bebauungsplan – Teil A „Planungsrechtliche Festsetzungen“ – seien unter Nummer 3 „zulässige Nutzungen im Gewerbegebiet“ noch die Zahlen für die Schalleistungspegel wie folgt einzutragen: tagsüber 56 dB(A)/m<sup>2</sup>, nachts 39 dB(A)/m<sup>2</sup>. Im Teil E „Hinweise und weitergehende Empfehlungen zum Bebauungsplan“ sei unter der Nummer 7 „Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen“ bei den Zahlen für die Verhältnisse bebaubarer Grundstücksflächen und Erschließungsanlagen einzutragen: Grundstücksflächen 89 % und Erschließungsanlagen 11 %. Die Offenlage des Bebauungsplanes erfolge nach den Feiertagen.

(Auf Fragen von Stadtrat Greiner, Blaurock und Durler) Die Erschließungsanlagen werden vom Bauträger in Abstimmung mit der Stadt erstellt. Es sei vorgesehen, dass die Erschließungsanlagen nach deren Fertigstellung von der Stadt übernommen und künftig auch unterhalten werden. In der Straße „Auf Schalmen“ gebe es einen beidseitigen Gehweg. Im Rahmen der Erschließung des geplanten neuen Baugebiets seien etwa 40 laufende Meter Gehweg noch zu bauen. Einen städtebaulichen Vertrag gebe es zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht. Dieser werde aber gefertigt und dem Gemeinderat noch vor dem Satzungsbeschluss zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Begrünungspflicht der Dächer gelte nur für Garagen und Carports.

Stadtrat Blaurock: Seine Fraktion spreche sich gegen eine Lösung im vorgeschlagenen Sinne aus. Hinsichtlich der gewerblichen Nutzung gebe es keine Vorbehalte. Die Verquickung des gewerblichen Bereichs mit dem geplanten neuen Wohngebiet werde aber nicht als gute Lösung angesehen. Die Stadt selbst halte für die Wohnbebauung genügend Möglichkeiten vor. Mit der Ausweisung eines zusätzlichen Wohngebiets im Bereich der ehemaligen Kammgarnspinnerei Wirth mache sich die Stadt bei der Vermarktung der städtischen Baugrundstücke selbst Konkurrenz. Anstatt ein neues Baugebiet auszuweisen, solle die Stadt deshalb vielmehr versuchen, die nur wenige hundert Meter entfernten Baugrundstücke in der Bühelstraße besser zu vermarkten.

Oberbürgermeister Frei: Er verstehe die Bedenken von Stadtrat Blaurock hinsichtlich des Flächenverbrauchs. Trotzdem halte er die Ausweisung eines Wohnbaugebiets im Bereich der ehemaligen Kammgarnspinnerei Wirth für richtig und notwendig. Lösungen wie hier oder auf dem Gelände der ehemaligen Lehrerfortbildungsakademie seien in der Regel Kompensationsgeschäfte, also ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Wenn die Stadt nur ihre Interessen verfolge und die Interessen des Investors unberücksichtigt lasse, gebe es in der Regel überhaupt keine Lösung. Er halte es für richtig und wichtig, Bauwilligen in Donaueschingen zu den bereits vorhandenen Baugebieten Alternativen aufzeigen zu können. Wenn dies nicht möglich sei, würden sich diese für andere Kommunen entscheiden, wenn Ihnen die von der Stadt angebotenen Baugrundstücke nicht zusagen.

Herr Bunse: (Auf Frage von Stadtrat Rolle) Es sei vorgesehen, die Frage des Grundstückspreises im Zusammenhang mit dem Satzungsbeschluss zu behandeln. Es könne davon ausgegangen werden, dass diese nicht wesentlich teurer sein werden als andere Grundstücke in der Stadt. Eine Verwaltungskostenpauschale werde in den Preis mit

eingerechnet.

Stadtrat Rögele: Die Ausweisung eines weiteren Gewerbegebietes sei grundsätzlich positiv zu sehen. Im Hinblick auf die unverkauften Bauplätze im Baugebiet Bühlstraße relativiere sich dies aber. Trotzdem werde die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen. Die Verwaltung solle sich über eine effektivere Vermarktung des Baugebietes Bühlstraße aber Gedanken machen.

Stadtrat Kaiser: Im schriftlichen Teil des Bebauungsplanes sei unter C „Örtliche Bauvorschriften zum Bebauungsplan“ bei Nummer 3.2.1 „Wege, Zufahrten und Stellplätze im allgemeinen Wohngebiet“ im letzten Satz eine Korrektur vorzunehmen. Es müsse heißen: Zur Minimierung des Oberflächenwasserabflusses ist ein Abflussbeiwert  $< 0,6$  einzuhalten. Bei „Wege, Zufahrten und Stellplätze im Gewerbegebiet“ sei die Nummerierung von 3.2. in 3.3 zu ändern.

Stadtrat Hall: Beim Erläuterungsteil C „ Örtliche Bauvorschriften zum Bebauungsplan“ sei Ziffer 3.3. in Ziffer 3.4 zu ändern; ebenfalls die nachfolgende Nummerierung in 3.41. bis 3.4.3.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(27 Ja, 4 Nein)

### 3) TOP 60-149/09 Schlifisteg Wolterdingen - Winterdienst

---

Bürgermeister Kaiser ruft zur Einführung in den Tagesordnungspunkt die chronologische Entwicklung des Projekts nochmals in Erinnerung.

Herr Bunse: Heute Nachmittag habe Herr Hubert Mauz in einer E-Mail an einen größeren Personenkreis massive Vorwürfe gegen die Stadtverwaltung vorgebracht. Keiner der gemachten Vorwürfe sei gerechtfertigt.

So habe Herr Mauz die Darstellung der Stadt, dass sie für die Sanierung und Versetzung des Schlifisteges 107.000 € außerplanmäßig aufgewendet habe, als unwahr bezeichnet. Tatsache sei aber, dass das Projekt genau so über den städtischen Haushaltsplan habe abgewickelt werden müssen, da im Haushaltsplan entsprechende Finanzmittel nicht veranschlagt waren. Dem Gemeinderat sei bekannt gewesen, dass die nach den Haushaltsgrundsätzen entstandene außerplanmäßige Ausgabe durch eine ebenfalls außerplanmäßige Einnahme (Zahlung des Landes für eine Behelfslösung zur Überquerung der Breg während der Bauarbeiten am Hochwasserrückhaltebecken) gedeckt ist. Die haushaltsmäßige Abwicklung in diesem Sinn habe die Verwaltung dem Gemeinderat bei Beratung der Angelegenheit am 03.06.2008 vorgeschlagen.

Die Sitzungsvorlage für die Beratung der Angelegenheit im Gemeinderat am 03.06.2008 sei über das Internet jedermann zugänglich. Darin könne auch nachgelesen werden, dass das Regierungspräsidium der Stadt mit Schreiben vom 04.03.2008 mitgeteilt hat, dass das Land Baden-Württemberg Kosten für ein Fußwegprovisorium während der Bauzeit übernimmt und den entsprechenden Betrag der Stadt zur Verfügung stellt.

Herr Mauz habe in seiner Mail auch behauptet, die Stadt halte seit Mai 2009 einen Betrag von 25.000 € unberechtigterweise zurück. Tatsache sei, dass das unbestrittene Guthaben höchstens 1.000 € betrage. Erst heute sei bei der Stadtverwaltung die entscheidende Bestätigung des Prüfstatikers eingegangen, dass die Sanierung des Schlifisteges ordnungsgemäß erfolgt sei. Somit sei erst seit heute klar, dass Nachrüstungen nicht erforderlich sind. Auf die Notwendigkeit der Vorlage einer solchen Bestätigung habe das Stadtbauamt Herrn Mauz seit Juni dieses Jahres alle vier Wochen schriftlich und mündlich hingewiesen. Der Betrag von 25.000 € sei vorsorglich einbehalten worden, um mögliche Nacharbeiten finanzieren zu können, sofern sich die Notwendigkeit für solche Nacharbeiten aus dem Gutachten des Prüfstatikers ergeben sollte. In der Vereinbarung zwischen Stadt und der Initiative „Pro Schlifisteg“ sei geregelt, dass die Initiative ein solches Gutachten der Stadt vorzulegen habe. Herr Mauz hätte sich also besser um die Vorlage des Gutachtens des Prüfstatikers bemühen sollen, anstatt sich immer wieder bei der Stadt über eine ungerechte Behandlung zu beklagen.

Herr Mauz weise auch darauf hin, dass das Land Baden-Württemberg den genannten Betrag zur Schaffung einer Brückenverbindung über die Breg für die Dauer der Bauarbeiten zur Verfügung gestellt habe. Diese Ansicht decke sich mit der der Stadtverwaltung. Der in den schriftlichen Unterlagen zu diesem Beratungspunkt gemachte Vorschlag schaffe, abweichend vom ursprünglichen Gemeinderatsbeschluss in dieser Sache, für die gesamte Dauer der Bauarbeiten eine ganzjährige Querungsmöglichkeit.

Herr Mauz behaupte auch, dass die Stadt beabsichtigt habe, der Initiative „Pro Schlifisteg“ auch die Kosten für das zur notwendigen Beleuchtung auf dem Schlifisteg vom Sportplatz bis zur Brücke erforderliche Elektrokabel „aufs Auge zu drücken“, dies von der Initiative aber abgewehrt werden konnte. Tatsache sei, dass die Stadtverwaltung von Anfang an zugesagt habe, die Kosten für das Kabel zum Anschluss der Straßenlampen am Schlifisteg zu übernehmen.

Weiter werde von Herr Mauz behauptet, dass es bei der Stadt Überlegungen gegeben habe, den notwendigen Winterdienst im Ehrenamt zu organisieren und im zweiten entsprechenden Versuch die Loipenunterhaltungsgruppe des TV Wolterdingen zugesagt habe, den Winterdienst zum Pauschalpreis von 1.700 € durchzuführen. Richtig sei, dass es weder eine Anfrage der Stadt an einen Verein wegen einer möglichen ehrenamtlichen Übernahme des Winterdienstes, noch eine Zusage eines Wolterdinger Vereins, diese Aufgabe wahrzunehmen, gegeben habe. Aus haftungsrechtlichen Gründen beabsichtige die Stadt vielmehr, den Winterdienst von der Firma erledigen zu lassen, die von der Stadt mit der Durchführung des Winterdienstes in Wolterdingen beauftragt ist.

Stadtrat Müller: Er bittet den Gemeinderat, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zuzustimmen. Der Steg werde sehr gut angenommen. Für die Bürger aus der Siedlung würde die Schließung des Steges auf dem Weg zum Sportzentrum hin und zurück einen 5 km langen Umweg bedeuten.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Die FDP/FW-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen. Die genannten Vorwürfe von Herrn Mauz könne er nicht nachvollziehen. Der Gemeinderat habe sich für den Erhalt des Schließsteges eingesetzt. Dies zeige der Gemeinderat auch wieder mit den heute zu treffenden Beschlüssen.

Stadtrat Blaurock: Er bittet darum, über die beiden Beschlussvorschläge der Verwaltung einzeln abstimmen zu lassen.

Herr Bunse: (Auf Frage von Ortsvorsteher Dr. Buller) Bei der genannten Lösung seien für den Winterdienst am Schließsteg mit jährlichen Kosten von etwa 1.700 € zu rechnen. Wenn es möglich sei, diese Kosten mit dem Einsatz eines Ortsansässigen zu reduzieren, halte die Verwaltung auch eine solche Lösung für denkbar.

Stadtrat Müller: Nicht nur Spaziergänger würden in den Wintermonaten den Schließsteg nutzen, sondern auch Langläufer, die Mitglieder des Kegelvereins und die Bogenschützen.

Stadtrat Durler: Die von Herrn Mauz in Richtung Verwaltung erhobenen Vorwürfe halte er für unangebracht. Auch aus Sicht des Ortschaftsrates seien diese unberechtigt.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt, bis zum Frühjahr 2011 Winterdienst, begrenzt auf die beiden Treppenanlagen am Schließsteg, durchzuführen.

(einstimmig)

2. Die vom Gemeinderat am 03.06.2008 beschlossene Sperrung in der Zeit von November bis März soll ab November 2011 in Kraft treten.

(27 Ja, 3 Nein, 2 Enthaltungen)

#### **4) TOP 20-056/09 Eigenbetrieb Wasserwerk- Wirtschaftsplan 2010**

---

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 4 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

## 5) TOP 20-060/09 Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung - Wirtschaftsplan 2010

---

Stadtrat Blaurock: Es sei im Prinzip erfreulich, dass mit der Rückzahlung der Einlagen der Stadt beim Gemeindeverwaltungsverband die Schulden des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung reduziert werden konnten. Der Verband müsse für die zurückgezahlten Einlagen jetzt aber Fremddarlehen aufnehmen. Da der Verband seine Kosten über Umlagen der Mitgliedsgemeinden finanziere, seien die Finanzierungskosten für die aufgenommenen Fremddarlehen wieder von den Mitgliedsgemeinden zu tragen. Die Stadt habe somit durch die zurückgezahlten Einlagen im Prinzip nichts gewonnen.

Oberbürgermeister Frei: Dies sei so zutreffend. Die Rückzahlung der Einlagen an die Mitgliedsgemeinden sei aber von der Gemeindeprüfungsanstalt empfohlen worden.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 4 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

## **6) TOP 20-059/09 Haushalt 2010 - Beschlussfassung und Verabschiedung**

---

Oberbürgermeister Thorsten Frei und die Sprecher der einzelnen Fraktionen (Konrad Hall/CDU, Dr. Michael Klotzbücher/FDP/FW, Wolfgang Karrer/SPD, Dr. Claudia Jarsumbek/GUB und Michael Blaurock/Grüne) nehmen in grundsätzlichen Ausführungen Stellung zum abgelaufenen Haushaltsjahr 2009 und zum Haushalt 2010 (die Haushaltsreden sind der Niederschrift beigelegt).

Nach den Haushaltsreden von Oberbürgermeister Thorsten Frei und den Fraktionssprechern fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss: Der Haushaltssatzung 2010 mit ihren weiteren Bestandteilen wird entsprechend der vorgelegten Tischvorlage zugestimmt.

(einstimmig)

## 7) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

---

### **Modernisierung der Donauhallen / Vergabe Fassade Foyer Mozartsaal**

Oberbürgermeister Frei: Die Verwaltung habe bei drei Firmen, die auf der Baustelle bereits mit einer Metallglasfassade vertreten seien, Angebote angefordert. Von diesen seien entsprechende Angebote bereits auch schon abgegeben worden. Es sei aber nicht möglich gewesen, für die heutige Sitzung die Vergabeentscheidung vorzubereiten. Die Angelegenheit werde deshalb dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung am 26.01.2010 vorgelegt. Falls aus zeitlichen Gründen eine Entscheidung vor diesem Datum notwendig sei, werde er diese in Form einer Eilentscheidung selbst treffen.

Beschluss: Der von Herrn Oberbürgermeister Frei vorgeschlagenen Handhabung wird zugestimmt.